



PresseInfo

Evangelische Kirche von Westfalen, Pressestelle des Landeskirchenamtes
Telefon: 0521/594-254, mobil: 0171/6 20 37 46, Fax: 0521/594-333
E-Mail: presse@lka.ekvw.de Internet: www.ekvw.de

23. Oktober 2008

Ohne globale Gerechtigkeit kein Klimaschutz

Kirchen, Entwicklungsdienste und Missionswerke präsentieren Klimaplattform

Düsseldorf. Ohne globale Gerechtigkeit gibt es keinen Klimaschutz. Das erklären evangelische Kirchen sowie evangelische und katholische Entwicklungsdienste und Missionswerke in einer gemeinsamen entwicklungspolitischen Klimaplattform, die am Donnerstag (23.10.) in Düsseldorf vorgestellt wurde. Die drohende Klimakatastrophe lasse sich nur begrenzen, wenn die reichen Staaten auf kurzfristigen nationalen Egoismus verzichteten. Nur dann hätten die armen Länder eine Chance auf eigene, nachhaltige Entwicklung, heißt es in der Klimaplattform, der sich bis jetzt 18 Landeskirchen und andere Institutionen angeschlossen haben.

Sie geben damit einen Anstoß zu Diskussion, Stellungnahme und Zusammenarbeit in Kirche und Gesellschaft. Der vom Menschen ausgelöste Klimawandel sei bereits unumkehrbar. Es gehe nur noch darum, ob die Katastrophe „durch radikale Änderungen des menschlichen Wirtschaftens und Lebens“ so abgemildert werden könne, dass sie sich auf ein erträgliches Maß begrenzen lasse. Schon jetzt gehe der enorm ungleiche Energieverbrauch zwischen Reich und Arm, Nord und Süd zu Lasten der Menschen in den armen Ländern des Südens.

Gigantischer Angriff auf Menschenrechte und Menschenwürde

„Die Klimakrise ist nichts anderes als ein gigantischer Angriff auf Menschenrechte, Menschenwürde und eine gerechte Weltgemeinschaft“, sagte Oberkirchenrat Dr. Ulrich Möller von der Evangelischen Kirche von Westfalen. Deshalb setzen Kirchen und Entwicklungsdienste „die Verantwortung für Gottes Schöpfung und das Leben aller Menschen in Würde und gerechter Teilhabe“. Sie setzen auf den Druck der weltweiten Zivilgesellschaft auf die politisch Verantwortlichen, „damit wolkige Absichtserklärungen in konkrete Maßnahmen münden“.

Ein Beispiel: Die extreme Armut an Energie in den Entwicklungsländern – 2,5 Milliarden Menschen sind ohne moderne Energie wie Elektrizität – soll durch dezentrale Projekte bekämpft werden, die den lokalen Rahmenbedingungen entsprechen. Dazu muss die nötige Technologie in die entsprechenden Länder kommen. Globale Finanzinstitute wie die Weltbank müssen diesen Prozess unterstützen, fordert die Klimaplattform. Bisher weise die Förderpolitik der Weltbank aber in die falsche Richtung, weil sie fast nur den fossilen und den atomaren Energiebereich unterstützt.

Zweites Beispiel: „Der Handel mit Emissionen darf nicht zu einem Freibrief für die Industrieländer werden, die Reduktion von Treibhausgasen in Schwellen- und Entwicklungsländer zu verlagern“, erklärte der rheinische Präses Nikolaus Schneider als Aufsichtsratsvorsitzender des Evangelischen Entwicklungsdienstes (eed). Die schädlichen Emissionen müssen dort verringert werden, wo sie zum allergrößten Teil entstehen, fordert die Klimaplattform. Wenn darüber hinaus mit Emissionen gehandelt wird, dann zugunsten von Projekten, die nachhaltige Entwicklung fördern und Armut bekämpfen.

Klimaschutz beginnt bei uns

„Der Übergang vom fossilen Zeitalter des scheinbar grenzenlosen Wachstums zu einer umweltverträglichen Weltwirtschaft ist mehr als nur eine technische oder finanzielle Frage“, sagte Dr. Bernd Bornhorst von Misereor: „Dieser Übergang zwingt uns zur kritischen Auseinandersetzung mit den Werten, die unseren Lebensstil, unsere Wirtschaft, Politik und Gesellschaft bisher geprägt haben.“ Bornhorst verwies auf die riesigen Möglichkeiten, Energie zu sparen. Durch anderes Verhalten und kostengünstige Maßnahmen könnten Kirchen allein in Nordrhein-Westfalen jährlich bis zu 40 Prozent ihres Energieverbrauchs einsparen. Um diese Möglichkeiten auszuschöpfen, haben in ganz Deutschland über 400 Kirchengemeinden den „Grünen Hahn“ – oder in Süddeutschland den „Grünen Gockel“ – eingeführt. Mit Hilfe dieses von der Europäischen Union zertifizierten Systems betreiben Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen Umweltschutz – systematisch, dauerhaft und nachprüfbar. Sie senken deutlich ihren Energieverbrauch und beteiligen dabei viele Menschen.

Außerdem wollen die Kirchen gezielt ihre Marktmacht nutzen, damit klimaverträgliche und fair gehandelte Produkte einen besseren Absatz finden. Deshalb haben sie das Programm „Zukunft einkaufen“ entwickelt. Es bündelt die Beschaffung evangelischer und katholischer Großverbraucher in ganz Deutschland und soll modellhaft wirken – auch außerhalb der Kirche.

Erstunterzeichner der entwicklungspolitischen Klimaplattform:

- Evangelische Kirche der Pfalz
- Evangelische Kirche von Hessen und Nassau
- Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck
- Evangelische Kirche von Westfalen (EKvW)
- Evangelische Landeskirche Anhalts
- Föderation Evangelischer Kirchen in Mitteldeutschland
- Lippische Landeskirche
- Brot für die Welt
- Evangelischer Entwicklungsdienst (eed)
- MISEREOR
- Kindernothilfe
- SÜDWIND e.V.
- Vereinte Evangelische Mission (VEM)
- Ökumenische Initiative Eine Welt
- Diözesankomitee im Erzbistum Paderborn
- Bund der Deutschen Katholischen Jugend
- Evangelische Jugend Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz
- Amt für Mission, Ökumene und Kirchliche Weltverantwortung der EKvW

Diese Presseinformation wird verschickt von Misereor, der Evangelischen Kirche von Westfalen und der Evangelischen Kirche im Rheinland. Wir bitten, Doppelungen zu entschuldigen.